

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Reformationstag, Allerheiligen, bald auch schon Sankt Martin oder, je nach beliebigen, Karnevalsbeginn am 11.11. – ihr merkt: Lange dauert es nicht mehr, bis sich auch das Jahr 2017 langsam dem Ende zuneigt.

Ob bis dahin wohl die „schwarze Ampel“ in Berlin blinkt? Ich bin gespannt, wie die Sondierungen zwischen CDU, CSU, FDP und den Grünen wohl verlaufen und was ihre Ergebnisse sein werden. Bisher scheint



sich leider abzuzeichnen, dass vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der neuen Regierung wohl nichts zu erwarten haben werden. Union und FDP hatten bereits in ihren Wahlprogrammen angekündigt, den Mindestlohn aufweichen zu wollen – und die Grünen preschen jetzt mit einem Gesetzesentwurf ihrer schwarz-gelb-grünen Landesregierung aus Schleswig-Holstein im Bundesrat vor. Die „schwarze Ampel“ hat sich zunächst zwar „nur“ darauf geeinigt, die Pflicht des Arbeitgebers, die Arbeitszeiten aufzuschreiben, „prüfen“ zu lassen – dass CDU-Unterhändler Jens Spahn in diesem Zusammenhang aber schon dazu übergeht, auch die Rente mit 63 zur Disposition zu stellen, bestätigt eine dunkle Vorahnung. Auch in der Steuerpolitik zeichnet sich ab, dass vor allem Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen in die Röhre gucken werden: Die nun diskutierte Abschaffung des Solidaritätszuschlags würde vor allem Gutverdiener entlasten. Blickt man auf die Wähler von FDP und Grünen, verwundert dies nicht wirklich: Sie sind vor allem in den Obergeschossen der Gesellschaft zuhause. Auf das Soziale kann die FDP ohne Not, die Grünen am ehesten verzichten. Eines ist also klar: Eine lautstarke, soziale Opposition im Bund wird dringend gebraucht.

Einen guten Wochenstart wünsche ich euch!

Eure Sabine



HÄNDE WEG VOM MINDESTLOHN!

Sondierungen der „schwarzen Ampel“ geben Anlass zur Sorge – CDU-Unterhändler Spahn stellt auch Rente mit 63 in Frage

Die Unterhändler von Union, FDP und Grünen haben beschlossen, Fragen von Bürokratie und Dokumentationspflichten beim Mindestlohn „zu prüfen“. Das verheißt nichts Gutes. Bereits ein Blick in die Wahlprogramme von Union und FDP lässt vermuten, dass die schwarze Ampel die Pflicht, Arbeitszeiten aufzuschreiben, aushöhlen will. Die schwarz-gelbgrüne Koalition in Schleswig-Holstein hat dazu schon einen Gesetzesentwurf im Bundesrat vorgelegt. Damit wäre es für die schwarzen Schafe unter den Arbeitgebern leichter, etwa Teilzeitbeschäftigten den Mindestlohn vorzuenthalten, indem sie Arbeitsstunden einfach unter den Tisch fallen lassen. Betroffen wären vor allem Frauen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Der Mindestlohn darf nicht aufgeweicht werden. Die Pflicht, Arbeitszeiten zu dokumentieren, ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass der Mindestlohn eingehalten wird. Nur so ist eine wirksame Überprüfung durch die „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ des Zolls möglich.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben dazu bereits einen Antrag im Bundestag vorgelegt. Darin fordern die SPD-Abgeordneten die Bundesregierung auf, alle Vorhaben abzulehnen, die das Mindestlohngesetz aushöhlen. Statt dessen soll der Zoll mehr Mitarbeiter bekommen, um wirksamer kontrollieren zu können.

„Die SPD wird im neuen Bundestag dagegen kämpfen, wenn die schwarze Ampel zentrale Errungenschaften für mehr soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung zu Lasten von Arbeitnehmern und Frauen rückabwickelt,“ sagt Carola Reimann, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Und stellt ernüchtert fest: „Die Rechte und der Respekt vor der Lebensleistung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben in der ‚schwarzen Ampel‘ keinen Platz.“

Dies zeige auch die jüngste Äußerung von CDU-Unterhändler Jens Spahn, der kürzlich gefordert hatte, die Rente mit 63 abzuschaffen. „Die SPD wird im neuen Bundestag dagegen kämpfen, wenn die schwarze Ampel zentrale Errungenschaften für mehr soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung zu Lasten von Arbeitnehmern und Frauen rückabwickelt“, so Reimann.



AUCH RHEINLAND-PFALZ IST LAND DER REFORMATION

Ministerpräsidentin Dreyer feierte mit evangelischen Christen

Die Evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz und die Landesregierung haben am vergangenen Dienstag gemeinsam mit einem Festgottesdienst und einer anschließenden Feierstunde in der Dreifaltigkeitskirche in Speyer das 500. Jubiläum der Reformation gefeiert. Kirchenpräsident Christian Schad und Ministerpräsidentin Malu Dreyer erinnerten daran, dass Rheinland-Pfalz mit den Orten Speyer, Worms und der Ebernburg besonders mit den Anfängen der Reformation verbunden sei und lobten die lebendige Gestaltung des Reformationsjubiläums.

„Es ist das große Verdienst der Lutherdekade, dass sie sich der vielschichtigen Wirklichkeit der Reformation gestellt hat“, sagte die Ministerpräsidentin im Rahmen der Feierstunde. Die Reformation sei nicht nur ein religiöses Geschehen, sie habe vielmehr eine Entwicklung in Gang gesetzt, die Deutschland und Europa bis heute politisch und kulturell präge und Mentalitäten und Familiengeschichte beeinflusse. Mit der Betonung des Gewissens und der Freiheit sei sie grundlegend für die Entwicklung universaler Werte gewesen.

„Der Weg von der Reformation bis zur pluralen Demokratie mit der Trennung von Staat und Kirche war letztendlich lang und schmerzlich. Gerade, weil wir das wissen, dürfen wir heute bei diesen Errungenschaften keine Abstriche zulassen“, betonte Dreyer, die zugleich zur Zuversicht aufrief. Luther und die Reformatoren hätten gezeigt, welche Kraft in dem Vertrauen liegt, auf festem Grund zu stehen. „Ich wünsche mir, dass diese Grundhaltung auf unsere Gesellschaft ausstrahlt. Zuversicht und Optimismus sind die Kraftquellen für eine gute Zukunft in unserem Land“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer. „Rheinland-Pfalz hat viele Erinnerungsorte der Reformation vorzuweisen. Für die Landesregierung war es deshalb eine Ehre, die vorbereitende Dekade und das Jubiläum aktiv zu begleiten und zu unterstützen“, sagte die Ministerpräsidentin. Sie dankte den vielen Rheinland-Pfälzern und Rheinland-Pfälzerinnen, die sich mit viel Phantasie und Herzblut für die Erinnerung an die Anfänge der Reformation engagiert haben. „In über 500 Veranstaltungen ist die reiche protestantische Tradition unseres Landes sichtbar geworden“, so Dreyer.

Für Kirchenpräsident Christian Schad beförderten die Themenjahre der Reformationsdekade eine breite, vielgestaltige und einfallsreiche Beschäftigung mit der Reformation sowohl in den Kirchen als auch in der Zivilgesellschaft. „Viele haben die Angebote vor Ort, die überregionalen Veranstaltungen rund um das Reformationsjubiläum besucht und seien ermutigt worden, neu oder erstmals über Gott nachzudenken“, sagte Schad.



ES IST ZEIT FÜR DIE GRIPPESCHUTZIMPFUNG!

Mit dem Einzug der nasskalten Jahreszeit steigt das Risiko, sich mit einer Grippe anzustecken. Da die vorbeugende Grippeschutzimpfung im Herbst den besten Schutz vor einer Erkrankung bietet, haben Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler gemeinsam mit der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz zur jährlichen Grippeschutzimpfung aufgerufen. Sowohl die Ministerpräsidentin, die Ministerin als auch der Präsident der Landesärztekammer, Dr. Günther Matheis, und die beiden Vizepräsidenten Sanitätsrat Dr. Michael Fink und Dr. Bernhard Lenhard gingen heute mit gutem Beispiel voran und ließen sich während der Auftaktveranstaltung im Foyer der Steinhalle des Landesmuseums impfen.

Die Grippesaison 2016/17 war eine ernstzunehmende Grippewelle, von der vor allem ältere Menschen stark betroffen waren. „Die Influenza ist keine harmlose Erkältung. Sie kann vor allem für ältere, chronisch kranke oder immungeschwächte Menschen zu einer ersten Gefahr werden. Deshalb ist die Impfung insbesondere für ältere Menschen die wichtigste Maßnahme zum Schutz vor einer Erkrankung“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer und erinnerte daran, dass die Grippeschutzimpfung jedes Jahr erneut durchgeführt werden sollte, um in der jeweils aktuellen Saison geschützt zu sein.

Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler betonte: „Leider wird die Impfung gerade in der Altersgruppe der Senioren im bundesweiten Durchschnitt nur von gut einem Drittel der Personen ab 60 Jahren in Anspruch genommen. Auch Personen, die aufgrund ihres Berufes mit vielen Menschen in Kontakt kommen, sind besonders gefährdet sich mit der Virusgrippe zu infizieren und sollten sich impfen lassen. Ebenso dient die eigene Impfung dem Schutz von im selben Haushalt lebenden oder betreuten Risikopersonen.“

Die Ministerpräsidentin, die Gesundheitsministerin und die Landesärztekammer empfehlen allen Bürgerinnen und Bürgern, Arztbesuche ebenfalls dafür zu nutzen, ihren eigenen Impfstatus und den ihrer Kinder überprüfen zu lassen und fehlende Impfungen nachzuholen. Auch die Gesundheitsämter beraten zu Impfungen oder bieten Impfungen an.

„FÜR UNS IST SICHERHEIT IMMER EIN THEMA“

Innenminister Lewentz zu Gast bei der 1. „Blaulichtkonferenz“

„Innere Sicherheit ist ein Thema, das unter Nägeln brennt – das aber nicht nur Polizei oder gar die Nachrichtendienste betrifft“, so die heimische Landtagsabgeordnete Sabine Bätzing-Lichtenthäler zur Eröffnung ihrer „Blaulichtkonferenz“ 2017. Und so richtete sich die Veranstaltung im



Daadener Gasthof Koch zwar auch, aber eben nicht nur an die „Freunde und Helfer“, die sie kurz zuvor mit ihrem Kollegen Roger Lewentz, Minister des Inneren und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz, in der Polizeiinspektion Betzdorf besucht hatte. Eingeladen waren alle Ehren- und Hauptamtlichen in der „Blaulichtfamilie“: vom Deutschen Roten Kreuz (DRK), über die Feuerwehren und die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG) bis hin zum Technischen Hilfswerk (THW). Viele nahmen die Einladung der Abgeordneten gerne wahr, sich mit In-

nenminister Lewentz ganz konkret auszutauschen und ihm einige Dinge „mit auf den Weg“ nach Mainz zu geben.

Für Sabine Bätzing-Lichtenthäler und ihren zuständigen Kollegen im Kabinett steht ohnehin fest: „Die gesamte ‚Blaulichtfamilie‘ leistet wirklich Herausragendes für uns alle, begibt sich selbst oftmals in Gefahr, damit wir sicher leben können – und das in den meisten Fällen auch noch ehrenamtlich. Das verdient nicht nur Anerkennung und Respekt, sondern auch aller Unterstützung, die sie von staatlicher Seite kriegen kann.“ Lewentz machte in seinem Impulsvortrag deutlich, dass man diesem Anspruch in Rheinland-Pfalz gerecht



werden möchte: So bereitet das Land seine Polizistinnen und Polizisten etwa auf neue, terroristische Bedrohungslagen vor.

Auch Beamte der Polizeiinspektion Betzdorf haben nach Informationen des Innenministers bereits an einem entsprechenden Seminar zu „lebensbedrohlichen Einsatzlagen“ teilgenommen. Weiterbildung allein sei für den Ernstfall aber nicht ausreichend. Deshalb habe man auch die Ausrüstung der Streifenpolizei entsprechend angepasst. Neben der bestmöglichen Vorbereitung möchte Lewentz damit ausreichenden Schutz und auch „Waffengleichheit“ für den Fall der Fälle gewährleisten, bis Spezialkräfte eingetroffen sind – auch, wenn es dankenswerter Weise zunächst sehr unwahrscheinlich ist, dass eine solche Bedrohungslage tatsächlich eintritt. Denn fast nirgendwo in der Bundesrepublik lebt es sich so sicher wie in Rheinland-Pfalz: So belegt das Land den drittletzten Platz bei der Möglichkeit, Opfer eines Verbrechens zu werden im Vergleich aller Bundesländer. Mit 64,9 Prozent liegt die Quote der aufgeklärten Verbrechen im Land deutlich über der Aufklärungsquote des Bundes von 56,2 Prozent und damit auf dem zweiten Platz unter den Bundesländern. Wenn es um den Aufwuchs von Polizeikräften geht, nimmt Rheinland-Pfalz hier die Spitzenposition ein: Im Jahr 2021 werden es rund 9.600 im ganzen Land sein. Das sind 1.000 Polizisten mehr als 1990. „Manchmal“, so wurde für Lewentz im Gespräch mit dem Daadener Stadtbürgermeister Walter Strunk deutlich, „ist es aber auch eine neue Straßenlaterne in einer dunklen Gasse, die einem das Gefühl von Sicherheit gibt.“



Das Feuerwehrwesen ist zwar keine „Landessache“, sondern Aufgabe der Kommunen – dennoch unterstützt das Land auch hier tatkräftig die „Blaulichtfamilie“: So hat das Land allein von 2011 bis 2016 rund 81,05 Mio. Euro in den Bau von Feuerwachen und Feuerwehrhäusern sowie in die Beschaffung von Feuerwehreinsatzfahrzeugen investiert, wusste der Innenminister zu berichten. Rund 51.000 Feuerwehrmänner und -frauen sind in Rheinland-Pfalz tätig – der Großteil in den ehrenamtlichen Freiwilligen Feuerwehren.

Zwar sieht Lewentz die Feuerwehren im Land gut aufgestellt – wie bei allen Ehrenämtern gehe aber auch hier, unter anderem bedingt durch die weggefallene Wehrpflicht und eine älter werdende Gesellschaft, der Nachwuchs leider zurück. Eine Herausforderung, die auch die anwesenden „Praktiker“ nur zu gut aus ihren Wehren kennen und die in der sich anschließenden Diskussion großen Anklang fand. Wenn es nach dem Innenminister ginge, sollten die weiterführenden Schulen eingebunden werden, um Kinder und Jugendliche frühzeitig für die Blaulicht-Ehrenämter zu begeistern. „Neben Spaß an der Sache bieten sie praktische Erfahrungswerte, von denen man das ganze Leben lang profitieren kann – und nicht zuletzt: Freundschaft und Kameradschaft“, warb Lewentz für mehr ehrenamtliches Engagement nicht nur bei der Freiwilligen Feuerwehr, sondern etwa auch bei DRK, DLRG und THW. Hier sieht der SPD-Politiker auch Anknüpfungspunkte zu seiner Kabinettskollegin Sabine Bätzing-Lichtenthäler: Gerade, was die Herausforderung des Demografischen Wandels für das Ehrenamt anbetreffe, arbeite er mit ihr gut zusammen.

Die Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis 1 (Betzdorf/Kirchen) zieht ihrerseits aus der Veranstaltung und dem konstruktiven Austausch zwischen den Gästen aus den verschiedenen Blaulicht-Organisationen und „ihrem“ zuständigen Minister eine eindeutige Bilanz: „Für uns ist Sicherheit immer ein Thema gewesen, das man nicht nur in Wahlkämpfen entdecken darf. Im Gegenteil: Immer neue Herausforderungen verlangen es geradezu, dass wir kontinuierlich daran arbeiten. Dazu braucht es Verlässlichkeit, Erfahrung und eine klare Linie im Amt des Innenministers. Vor allem aber braucht es mutige Männer und mutige Frauen, die uns vor Kriminalität schützen, vor Lebensgefahr bewahren und für uns da sind, wenn wir doch einmal in eine solche Situation kommen sollten.“ Gerne möchte die Parlamentarierin den Austausch mit ihnen in diesem Format aufrecht erhalten. Wohlgleich betont sie: „Nicht nur an einem solchen Abend sollte ihnen unser Dank gelten.“